



Dr. Nina Scheer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

3. Februar 2021

Nina Scheer: Finanzmarkt-Whistleblowing herausragend zur Verfolgung von Wirtschaftskriminalität

Am 2. Februar 2021 stellte Bundesfinanzminister Olaf Scholz einen Sieben-Punkte-Plan zur Reform der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vor. Als wesentliches Element sieht dieser vor, die Erkenntnisse von Whistleblowern von der BaFin in Zukunft systematisch erfassen und auswerten zu können. Eine Optimierung der Bearbeitungsprozesse soll den Erkenntnisgewinn steigern, ein Monitoring der Bearbeitung einführen und das Erkennen von Auffälligkeiten erleichtern. Damit greift Olaf Scholz nach Einschätzung der SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Nina Scheer den Kern des Wirecard-Skandals auf. Das verheerende Ausmaß an Bilanzmanipulationen des Konzerns sei gerade deshalb so lange unentdeckt geblieben, weil die BaFin nicht angemessen auf die Hinweise von Whistleblowern reagiert hat.

„Ohne eine Verwertung von Insider-Wissen lassen sich viele Fälle komplexer Wirtschaftskriminalität nicht oder erst viel zu spät aufdecken - dies zeigt auch der Wirecard-Skandal. Statt Hinweise zur Aufklärung zu nutzen, wurden sie gegen die Hinweisgeber verwendet. Deswegen brauchen wir durchgreifenden - auch gesetzlichen - Whistleblowerschutz, wie ihn nicht ohne Grund die bis zum 17. Dezember 2021 in nationales Recht umzusetzende europäische Whistleblowing-Richtlinie verlangt“, so Nina Scheer, die sich als federführende Berichterstatterin ihrer Fraktion verstärkt für einen umfassenden gesetzlichen Whistleblowerschutz einsetzt.

Scheer: „Aufbauend auf den internationalen Erfahrungswerten des Whistleblowing-Rechts muss die Finanzaufsicht unmissverständlich und damit rechtssicheren Hinweisgeberschutz gewähren. Nur dann kann Finanzaufsicht ihren Aufgaben umfänglich gerecht werden. Insofern begrüße ich ausdrücklich den nun von Olaf Scholz vorgelegten Sieben-Punkte-Plan.“

Um effektiven Whistleblowerschutz zu erreichen, verabschiedete die SPD-Fraktion am 15. Dezember 2020 auf Initiative von Nina Scheer ein Positionspapier, das wie folgt abrufbar ist:

<https://www.spdfraktion.de/presse/pressemitteilungen/whistleblower-besserschuetzen>

https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/fraktionsbeschluss_whistleblowing_20201215.pdf

Als Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz ist die SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Nina Scheer Berichterstatterin für Marken- und Patentrecht, Geschäftsgeheimnisschutz und Whistleblowing. Aus rechts- und verbraucherpolitischer Sicht begleitet sie außerdem umweltpolitische und wirtschaftspolitische sowie datenschutzrechtliche Themengebiete.

Nina Scheer vertritt seit 2013 den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg/Stormarn-Süd, Schleswig-Holstein. Sie ist des Weiteren Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung.

Dr. Nina Scheer · Mitglied des Deutschen Bundestages

nina.scheer@bundestag.de · www.nina-scheer.de

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin · Tel.: 030 227 73537 · Fax: 030 227 76539

Wahlkreisbüro Ahrensburg · Manhagener Allee 17 · 22926 Ahrensburg

Wahlkreisbüro Geesthacht · Markt 17 · 21502 Geesthacht